

Protokollauszug

Punkt 9 der Tagesordnung

Gremium: Kreistag	Sitzung vom: 20.05.2019	Niederschrift zur Sitzung Kreistag/017/2019
-----------------------------	--------------------------------	------------------------------------------------

Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN: "Landkreis Wolfenbüttel als sicherer Hafen"

Vorlage: XVIII-0418/2019/1

KAbg. Resch-Hoppstock erläutert die Vorlage 0418/2019/1 und verweist auf die geänderte Beschlussempfehlung durch den Fachausschuss und den Kreisausschuss und bittet den Kreistag entsprechend zu beschließen.

Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith erläutert, dass sich Fach- und Kreisausschuss für den gesamten Text mit Ausnahme des zweiten Satzes bei Nr. 5 ausgesprochen haben. Die Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten müsse unbedingt beendet werden. Diesbezüglich werden zwei Beispiele zur Situation im Mittelmeer vorgetragen. Die europäischen Staaten müssten sich endlich zu ihrer Verantwortung bekennen.

KAbg. Dr. Wolfrum merkt an, dass der Antrag nicht in der Zuständigkeit des Wolfenbütteler Kreistages liege, da nicht erkennbar sei, was der Landkreis Wolfenbüttel zur Verbesserung der Situation im Mittelmeer beitragen könnte. Der kommunalpolitische Zusammenhang des Themas werde entsprechend nicht gesehen. Daher werde beantragt, den TOP von der heutigen Tagesordnung zu nehmen.

Vorsitzender Ganzauer merkt an, dass dieser Antrag bei der Feststellung der Tagesordnung hätte eingereicht werden müssen.

KAbg. Dr. Wolfrum führt daraufhin weiter aus, dass es verständlich sei, Menschen helfen zu wollen, die tatsächlich vor einem Krieg fliehen müssten. Jedoch seien weniger als 3 % der Migrantinnen und Migranten tatsächlich Asylbewerber/innen. KAbg. Dr. Wolfrum erklärt, dass der wirtschaftliche Aspekt und die gute Versorgung hier Fluchtursachen vieler Menschen seien. Das Signal, welches von Deutschland ausgehe, sei eindeutig. Der Antrag werde abgelehnt, da das Thema nicht in den Kreistag gehöre.

KAbg. Lagosky spricht noch einmal seinen Dank an diejenigen aus, die geholfen haben, die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Viele Menschen müssten vor Krieg, Dürre oder Verfolgung fliehen. Natürlich gebe es auch Einige, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen. Doch egal aus welchem Grund Menschen fliehen, sie müssen gerettet werden, wenn sie in Seenot geraten. Die Situation für Schlepperbanden dürfe nicht begünstigt werden. Vorrangig müsse natürlich die Ursachen vor Ort bekämpft werden, sodass eine Flucht gar nicht erst nötig sei. Gleichzeitig werde als es Hauptaufgabe der EU gesehen, Menschen aufzunehmen und gezielt auf die Länder zu verteilen. KAbg. Lagosky erklärt abschließend, dass dies jedoch Thema der Bundesregierung und der EU sei, nicht aber Thema des Landkreises. Aus diesem Grund werde die CDU-Kreistagsfraktion den Antrag ablehnen.

KAbge. Försterling, Naumann und Barkau erklären, dass die vorangegangene Diskussion zeige, dass das Thema sehr wohl in den Kreistag gehöre. Damit könne der Landkreis ein Signal setzen und eine weltoffene Haltung zeigen. Kein Staat dürfe sich aus der Verantwortung

stehlen. KAbg. Försterling merkt an, dass alleine im letzten Jahr 2300 Menschen im Mittelmeer ertrunken seien. Egal aus welchem Grunde diese Menschen geflohen seien, sie haben sich für diesen Weg entschieden ohne Gewissheit, dass ein Boot sie retten werde. Hierbei gehe es um Menschlichkeit und nicht um Populismus.

KAbg. Nieder erklärt, dass es in den Gewässern Australiens keine Todesfälle mehr gegeben habe, seitdem die Grenzen geschlossen seien.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 26 Ja-, 12 Neinstimmen und 4 Enthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Der Landkreis hat mit der Unterstützung zahlreicher Einwohnerinnen und Einwohner in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dieses auch in Zukunft tun.

1. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die im Kreistag vertreten sind, bekennen wir uns zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.
2. Der Kreistag appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer einzusetzen sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen.
3. Die Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.
4. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.
5. Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unseres Landkreises und ihrer Menschen zu setzen, deklariert der Kreistag den Landkreis Wolfenbüttel als „Sicheren Hafen“.
6. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot geretteter Menschen muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen.
7. Die Aufnahme der Menschen und die Durchführung der Asylverfahren darf nicht allein Aufgabe weniger europäischer Mittelmeerstaaten sein. Europa trägt insgesamt Verantwortung. Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland muss sich für gemeinsame europäische Lösungen einsetzen.
8. Der Kreistag fordert die Vertreter und Vertreterinnen in Bundestag und Landtag auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für diese Ziele einzusetzen.

Für die Richtigkeit des Protokollauszuges:
Wolfenbüttel, den 11.07.2019
gez. Julia Eidam
Protokollführerin